

April 2013

Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Untersuchungsanlage.....	1
Zusammenfassung	2
NSU-Prozess: Drei Viertel fordern türkische Medien im Gerichtssaal	3
Neuer Papst Franziskus überzeugt stärker als Benedikt XVI.	4
Zurückhaltende Beurteilung der Reformkraft des neues Papstes.....	5
Wirtschaftliche Stimmung hat sich aufgehellt.....	6
Steigender Rückhalt für die Krisenpolitik der Bundeskanzlerin	7
Mehrheit befürwortet Steuererhöhungen für Besserverdiener	9
Politikerbewertung: Rangfolge nahezu unverändert.....	10
Kanzlerpräferenz: Merkel kann Vorsprung gegenüber Steinbrück erneut leicht ausbauen	12
Mehrheit gegen Fortführung von Schwarz-Gelb	13
Jeder Zweite plädiert für Unions-geführte Bundesregierung	14
Sonntagsfrage: Union gestärkt, SPD und Grüne mit leichten Verlusten	15
Hälfte der Deutschen klagt über ungerechte Verhältnisse.....	17

ARD – DeutschlandTREND April 2013

Umfrage zur politischen Stimmung
im Auftrag der ARD-Tagesthemen und DIE WELT

Untersuchungsanlage

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 70:30)
WDR-Autor WDR-Redakteur	Jörg Schönenborn: 0221 220-1800 Ingmar Cario: 0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung Infratest dimap	Heiko Gothe: 030 53322-116
Erhebungsverfahren	Computergestützte Telefoninterviews (CATI)
Fallzahl	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte Fragen zur wirtschaftlichen Lage / Wechselstimmung: rund 500 Befragte
Erhebungszeitraum	02. bis 03. April 2013
Fehlertoleranz	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte Bei 500 Befragten: 1,9* bis 4,4** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent
Durchführendes Institut: Ihre Ansprechpartner:	Infratest dimap Richard Hilmer: 030 53322-113 Reinhard Schlinkert: 0228 32969-3

Zusammenfassung

Weil türkische Medien für den anstehenden NSU-Prozess keinen festen Platz im Gerichtssaal bekommen haben, wird das Münchner Oberlandesgericht heftig kritisiert. Die Deutschen haben in dieser Frage eine klare Meinung: 70 Prozent fordern, dass das Gericht sicherstellen sollte, dass auch Journalisten türkischer Medien im Schwurgerichtssaal vertreten sein können.

Nach der erfolgreichen Eindämmung der Zypernkrise erfährt die Politik der Bundeskanzlerin steigende Unterstützung seitens der Bevölkerung. Derzeit erklären 65 Prozent, dass Angela Merkel richtig und entschlossen gehandelt hat. Auch wenn drei Viertel den Höhepunkt der Krise noch vor sich sehen, machen sich weniger Deutsche Sorgen um ihre eigenen Ersparnisse als noch zu Beginn des Jahres (44 Prozent, -10). Für die Wut, die viele Menschen in Südeuropa auf Deutschland und seine Regierung haben, zeigen die Bürger mehrheitlich eher wenig Verständnis. Auch den Vorwurf, die Bundesregierung denke bei der Euro-Rettung zu wenig an die betroffenen Menschen, lässt nur eine Minderheit von 33 Prozent gelten.

Programmatisch erfährt die SPD viel Zustimmung: Die von ihr – im Falle einer Regierungsübernahme nach dem 22. September – geplanten Steuererhöhungen für Spitzen- und Besserverdiener werden mehrheitlich (58 Prozent) befürwortet. Auf personeller Ebene jedoch muss Kanzlerkandidat Peer Steinbrück mit einer Zustimmungsrate von 32 Prozent seinen bisher niedrigsten Wert als Bundespolitiker verkraften. Zudem vergrößert die Amtsinhaberin Merkel ihren Vorsprung in der Kanzlerpräferenz und liegt mit 60 Prozent nun 35 Punkte vor ihrem Herausforderer.

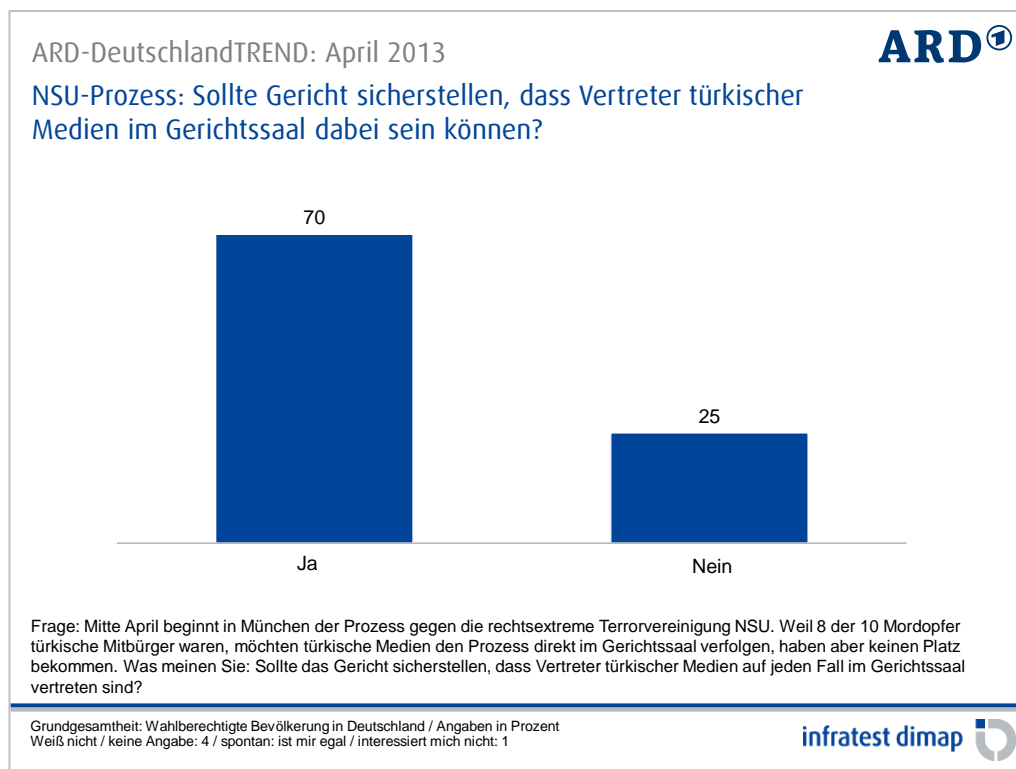
Von den guten Werten der Kanzlerin, auch bei ihrem Krisenmanagement, profitiert die Union: Derzeit käme die CDU/CSU auf 41 Prozent, plus 2 Punkte im Vergleich zur Vorwoche. Die FDP bleibt mit 4 Prozent unterhalb der Mandatsschwelle. Leichte Verluste muss die SPD hinnehmen, die in dieser Woche 27 Prozent der Stimmen (-1) auf sich vereinen kann. Während die Grünen ebenfalls leicht verlieren (14 Prozent, -1), bleibt die Linke (8 Prozent) stabil. Gleiches gilt für die Piraten, die mit 3 Prozent zum jetzigen Zeitpunkt keine Chance auf den Einzug in den Bundestag hätten.

Mit seinem bescheidenen Auftreten und der Forderung an seine Kirche, sich weniger um sich selbst und mehr um die Menschen zu kümmern, überzeugt der neue Papst Franziskus 55 Prozent der Gesamtbevölkerung. Lediglich 8 Prozent der Deutschen sind rückblickend mit dem deutschen Papst zufriedener. Auch die Katholiken in Deutschland sind nur wenige Wochen nach Amtsantritt mit Franziskus deutlich zufriedener als mit Benedikt XVI. (58:11 Prozent). Franziskus' Reformkraft wird jedoch zurückhalten beurteilt: Lediglich ein Fünftel glaubt, dass er die katholische Kirche stark verändern wird. Die Mehrheit (57 Prozent) vertritt den Standpunkt, dass der Argentinier die Kurie nur geringfügig reformieren wird.

Das sind die wichtigsten Ergebnisse des ARD-DeutschlandTREND April 2013, den infratest dimap im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT erstellt hat. Im Rahmen einer repräsentativen Erhebung wurden in der Zeit vom 02. bis 03. April 1.002, für die Sonntagsfrage 1.502 wahlberechtigte Personen telefonisch befragt. Die Anlage der Erhebung lässt verallgemeinerungsfähige Aussagen für alle Wahlberechtigten in Deutschland zu, bei einer Fehlertoleranz von plus/minus 1,4 bis 3,1 Prozentpunkten.

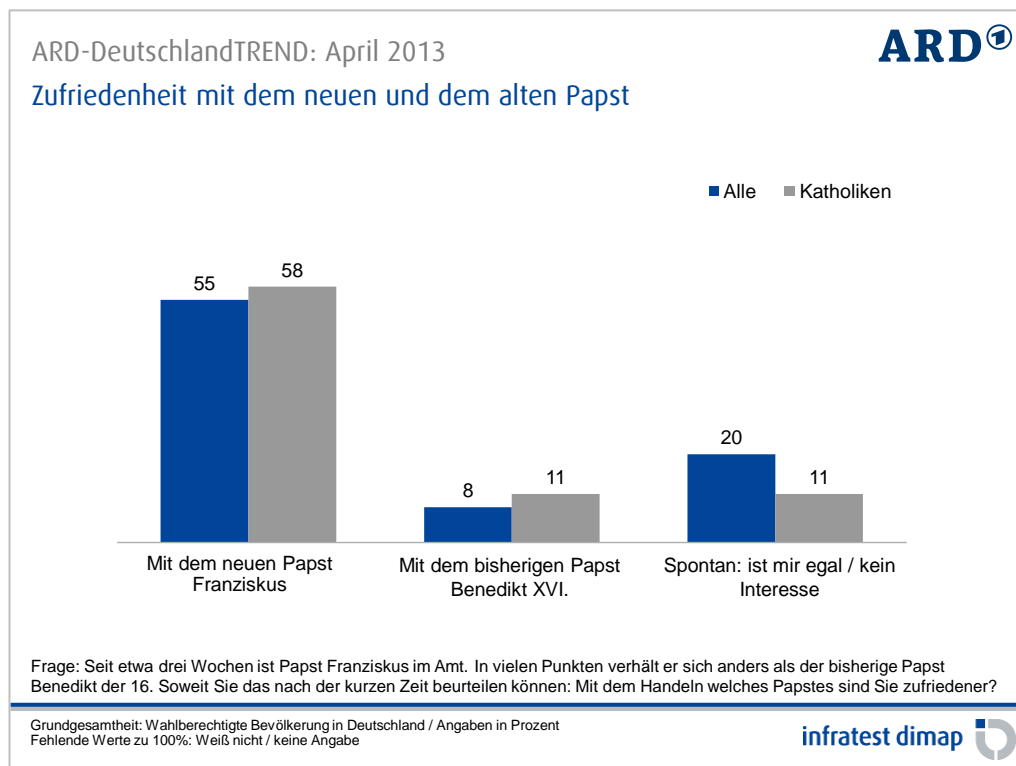
NSU-Prozess: Drei Viertel fordern türkische Medien im Gerichtssaal

Mitte April beginnt der Prozess gegen die rechtsextreme Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund vor dem Oberlandesgericht München. Da acht der zehn NSU-Mordopfer türkischer Abstammung sind, wollen auch türkische Medien den Prozess direkt im Gerichtssaal verfolgen. Sie haben aber keinen der 50 festen Plätze für Medienvertreter bekommen. Das Gericht wird aus diesem Grund stark kritisiert und die Auswirkungen zeigen sich auch auf diplomatischer Ebene. Die Deutschen haben in dieser Frage eine klare Meinung: 70 Prozent fordern, dass das Gericht sicherstellen sollte, dass auch Journalisten türkischer Medien im Münchner Schwurgerichtssaal vertreten sein können. Lediglich ein Viertel (25 Prozent) ist gegenteiliger Meinung.



Neuer Papst Franziskus überzeugt stärker als Benedikt XVI.

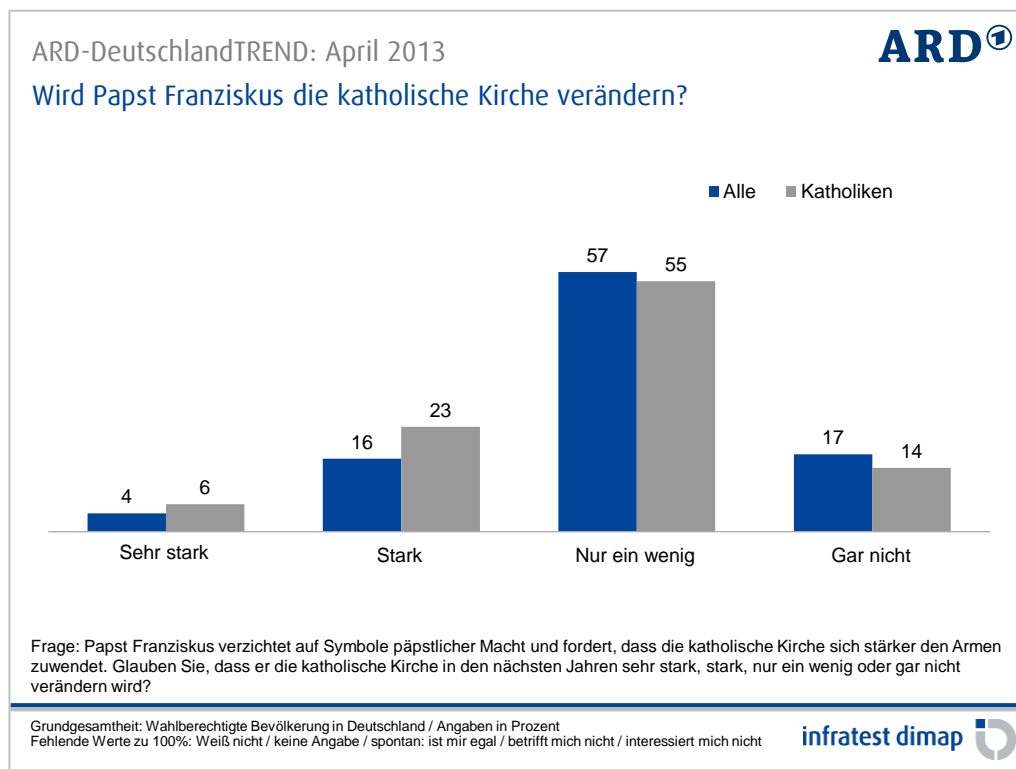
Der zurückgetretene Papst Benedikt XVI. wird bereits drei Wochen nach der Wahl seines Nachfolgers von dessen Popularität überstrahlt. Mit seinem bescheidenen Auftreten und der Forderung an seine Kirche, sich weniger um sich selbst und mehr um die Menschen zu kümmern, überzeugt Papst Franziskus. Danach befragt, mit welchem Papst man zufriedener sei, geben lediglich 8 Prozent der Deutschen den deutschen Papst Benedikt an. Beachtliche 55 Prozent nennen seinen Nachfolger Franziskus. Rund ein Drittel der Befragten (34 Prozent) kann oder will sich mangels Betroffenheit in dieser Frage nicht äußern.



Auch die Katholiken in Deutschland sind nur wenige Wochen nach Amtsantritt mit Franziskus deutlich zufriedener als mit Benedikt XVI. (58:11 Prozent).

Zurückhaltende Beurteilung der Reformkraft des neuen Papstes

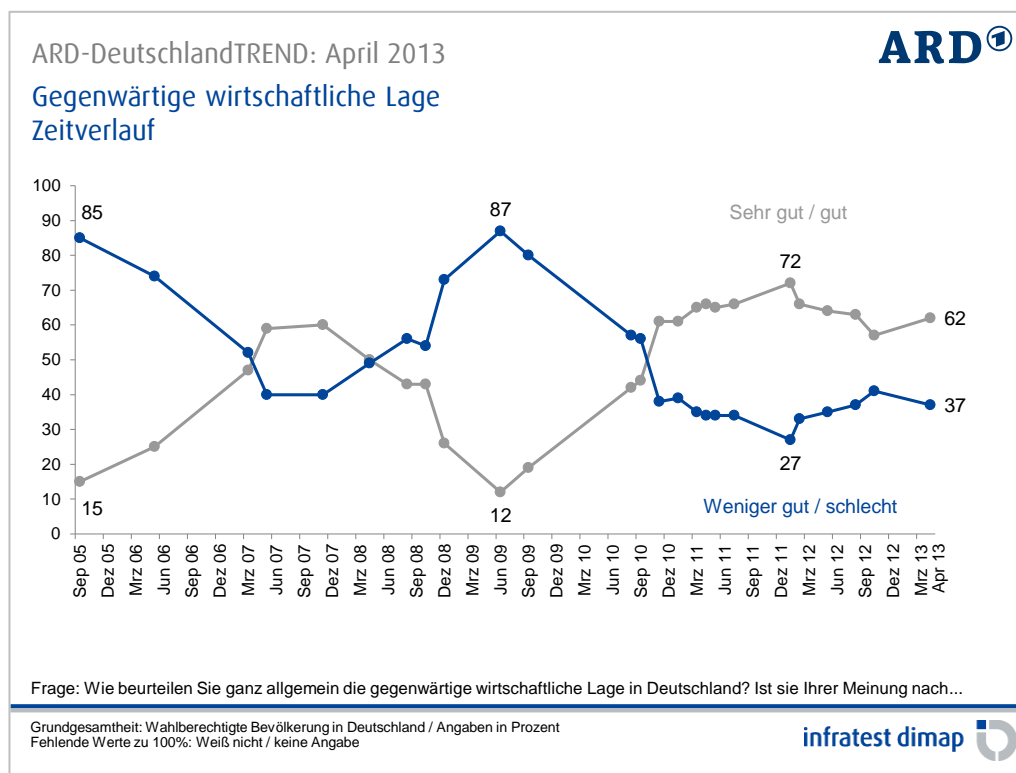
Auch wenn die Deutschen vom Wirken des neuen Papstes sehr angetan sind, wird dessen Reformkraft bzw. Durchsetzungsfähigkeit zurückhaltend beurteilt. Lediglich ein Fünftel glaubt, dass Franziskus die katholische Kirche in den nächsten Jahren sehr stark (4 Prozent) bzw. stark (16 Prozent) verändern wird. Die Mehrheit (57 Prozent) vertritt den Standpunkt, dass der Argentinier die Kurie nur geringfügig reformieren wird. Knapp jeder Fünfte (17 Prozent) ist der Überzeugung, dass Papst Franziskus die römisch-katholische Kirche gar nicht verändern könne.



Die Katholiken erwarten häufiger einen starken Wandel ihrer Kirche (sehr stark 6 Prozent, stark 23 Prozent). Aber auch hier geht eine Mehrheit von eher zurückhaltenden Veränderungen aus (55 Prozent).

Wirtschaftliche Stimmung hat sich aufgehellt

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland stellt sich für die Mehrzahl in der Bevölkerung nach wie vor recht erfreulich dar. Als sehr gut oder gut wird die Situation von 62 Prozent eingestuft. Drei von zehn Bürgern (29 Prozent) halten sie für weniger gut und lediglich 8 Prozent erscheint die Lage als eher desolat.

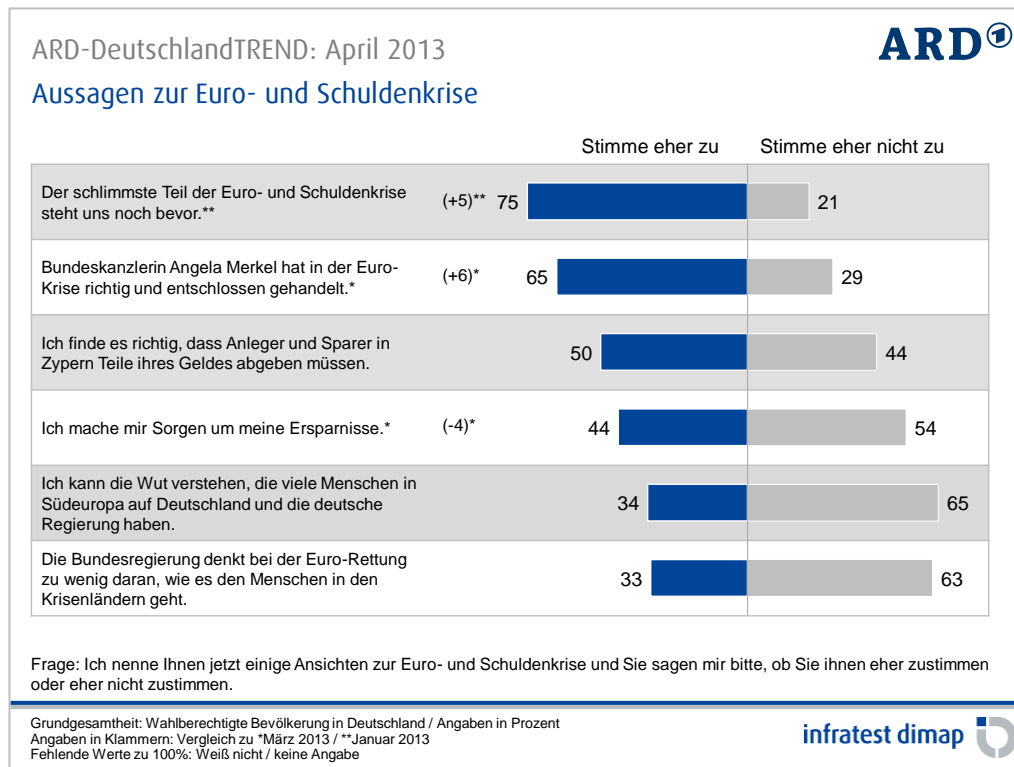


Die Mehrheit rechnet zudem damit, dass sich die günstigen ökonomischen Bedingungen auch in der näheren Zukunft erhalten werden. Eine kleine Gruppe von 15 Prozent glaubt, die Situation werde sich binnen Jahresfrist sogar verbessern und jeder Zweite (49 Prozent) geht von einem Fortbestand der jetzigen guten Lage aus. Gut jeder Dritte (35 Prozent) blickt indes mit Sorge auf die kommenden zwölf Monate, weil sich, so ihre Prognose, die ökonomische Situation etwas (25 Prozent) oder wesentlich (10 Prozent) verschlechtern wird.

Im Vergleich zum Oktober letzten Jahres hat sich die wirtschaftliche Stimmung in Deutschland merklich aufgehellt. Die positiven Kommentare zur Lage sind um 5 Punkte häufiger zu hören, entsprechend seltener wird sie kritisch bewertet. Um 8 Punkte gestiegen ist auch die Zahl derer, die eine Konstanz der Situation erwarten, während die skeptischen Erwartungen um 6 Punkte abgenommen haben.

Steigender Rückhalt für die Krisenpolitik der Bundeskanzlerin

Die jüngsten Vorgänge um die Rettung Zyperns haben bei der Bevölkerung die Befürchtung verstärkt, dass die Euro- und Schuldenkrise noch nicht vorbei ist, im Gegenteil. Drei von vier Bürgern (75 Prozent) glauben, dass uns der schlimmste Teil der Krise noch bevorsteht, eine Ansicht, die im Januar dieses Jahres von 70 Prozent geteilt wurde.

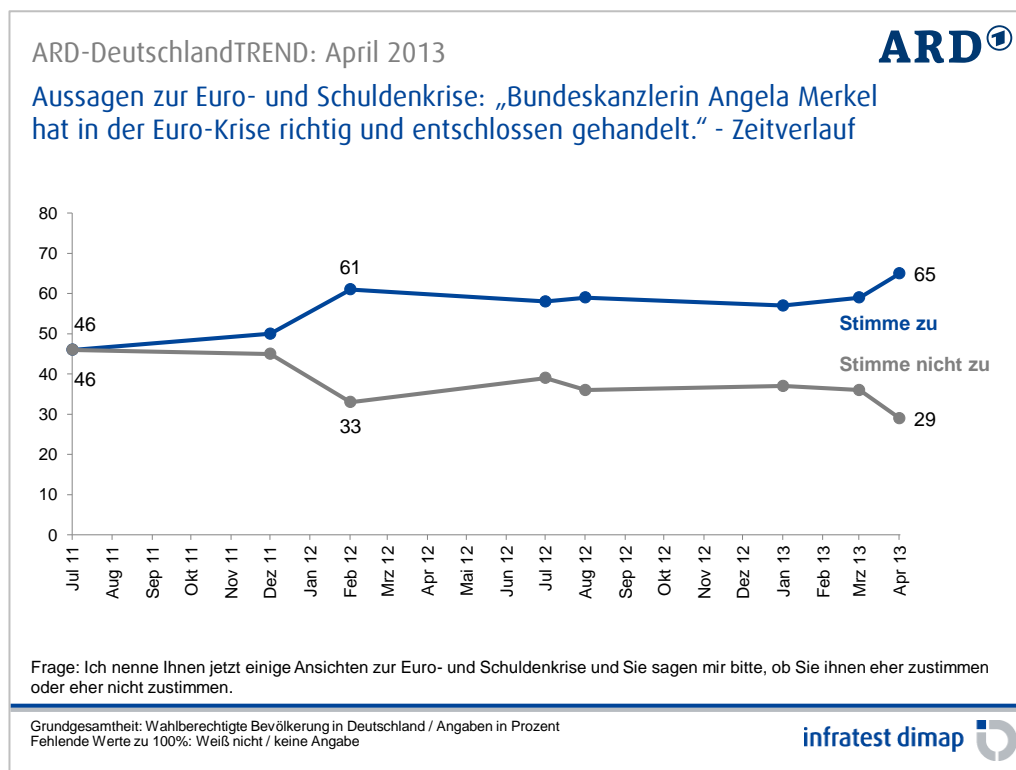


Die Politik der Bundeskanzlerin zur Bewältigung der Krise erfährt dabei steigende Unterstützung seitens der Bevölkerung. Derzeit erklären 65 Prozent, dass Angela Merkel richtig und entschlossen gehandelt hat. Im Januar lag die Zustimmung zum Kurs der Bundeskanzlerin noch bei 57 Prozent.

Eine Wirkung des gewachsenen Vertrauens in die Krisenpolitik von Angela Merkel scheint die nachlassende Befürchtung der Bundesbürger um ihre Ersparnisse zu sein. Im Januar erklärten 54 Prozent, sie machen sich Sorgen um ihre finanziellen Rücklagen. Diese Zahl ging bis März auf 48 Prozent zurück um nun einen noch niedrigeren Wert von 44 Prozent zu erreichen.

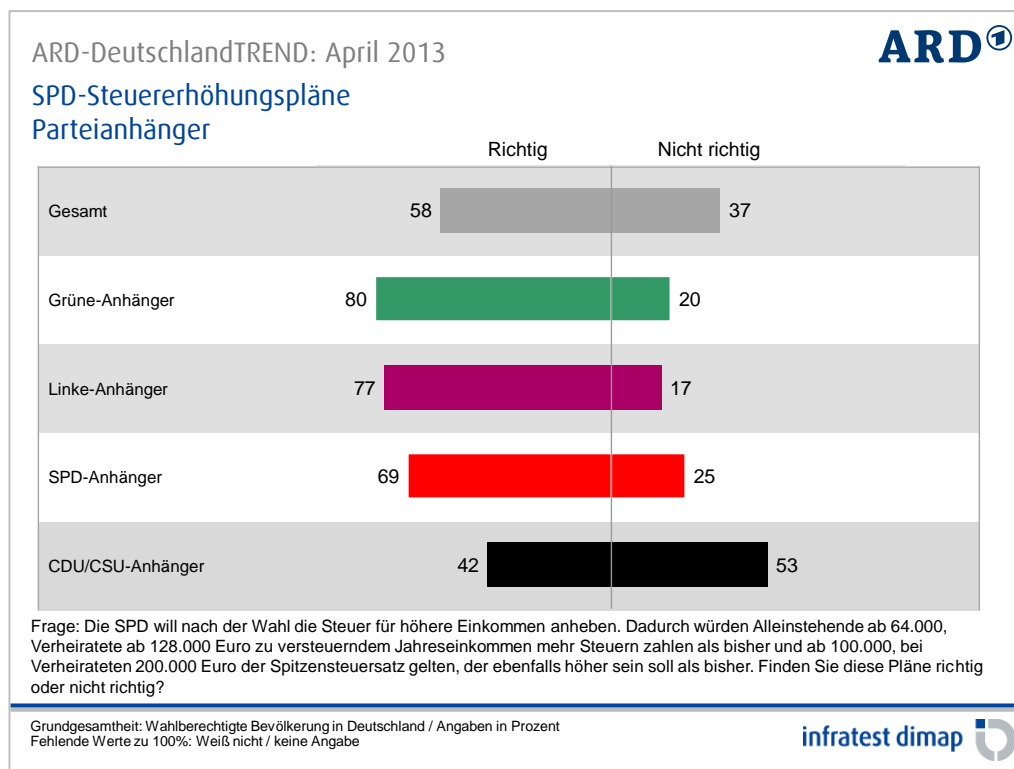
Ein Bestandteil des Rettungspakets für Zypern besteht in einer finanziellen Beteiligung der Anleger und Sparer in Form einer Zwangsabgabe. Ob dies ein richtiger Weg ist, wird von der Bevölkerung hierzulande zwiespältig gesehen. Eine knappe Mehrheit von 50 Prozent hält die Zwangsabgabe für richtig, 44 Prozent halten sie für falsch.

Für die Wut, die viele Menschen in Südeuropa auf Deutschland und seine Regierung haben, zeigen die Deutschen eher wenig Verständnis. Ein Drittel (34 Prozent) kann die Reaktionen der Bevölkerung in den Krisenländern nachvollziehen, zwei Drittel können oder wollen das nicht akzeptieren. Auch den Vorwurf, die Bundesregierung denke bei der Euro-Rettung zu wenig an die betroffenen Menschen, lässt nur eine Minderheit von 33 Prozent gelten, knapp zwei Drittel weisen diese Kritik zurück.



Mehrheit befürwortet Steuererhöhungen für Besserverdiener

Die SPD plant – im Falle einer Regierungsübernahme nach dem 22. September – Steuererhöhungen für Spitzen- und Besserverdiener. Der Spitzensteuersatz soll auf 49 Prozent steigen und bereits ab 100.000 Euro zu versteuerndem Einkommen gelten. Zudem sollen die Steuersätze ab einem Einkommen von 64.000 Euro angehoben werden. Dieses Vorhaben findet in der Bevölkerung mehrheitlich Zustimmung: 58 Prozent finden diese Pläne richtig. Demgegenüber halten 37 Prozent das SPD-Vorhaben nicht für richtig.

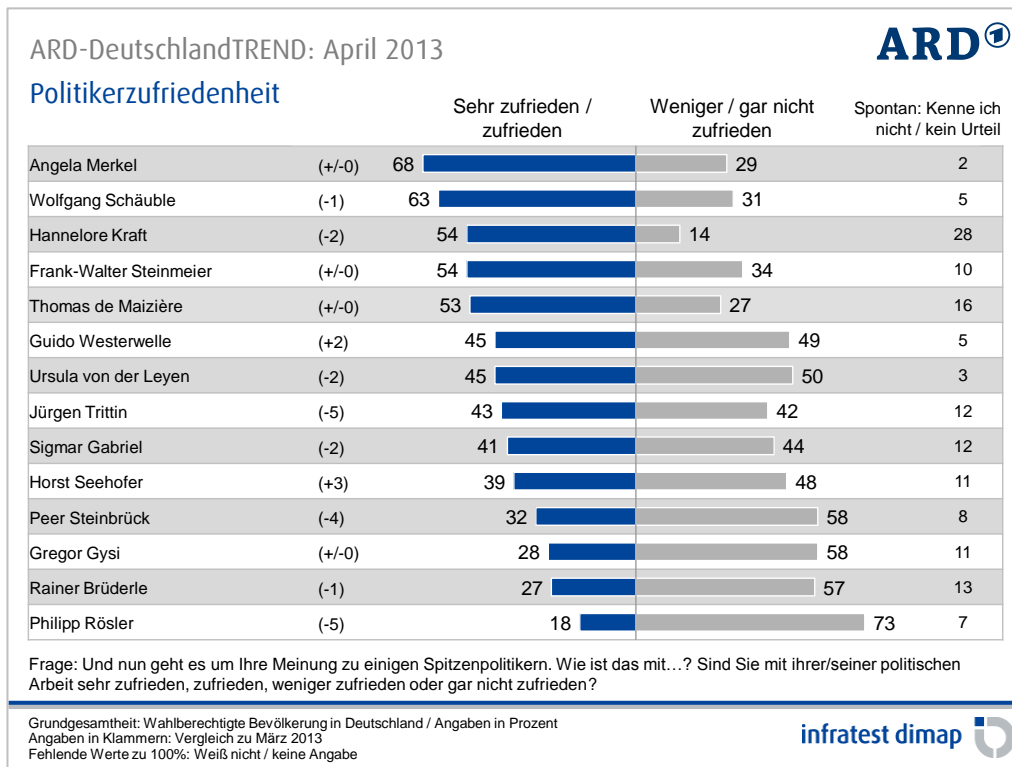


Die Anhänger der SPD befürworten mit großer Mehrheit diese Steuererhöhungen. Gleiches gilt für die Anhängerschaft der Linken und der Grünen. Auch in Reihen der Unions-Anhänger finden immerhin vier von zehn, die Steuererhöhungspläne der Sozialdemokraten gingen in die richtige Richtung.

In den neuen Bundesländern fällt die Zustimmung zu dem Vorhaben höher aus als im Westen der Republik. Darüber hinaus verstärkt sich die Zustimmung zu den höheren Steuersätzen in Abhängigkeit von der Beurteilung der gesellschaftlichen Verhältnisse: Bei Personen, die ungerechte Verhältnisse beklagen, stimmen fast zwei Drittel den SPD-Plänen zu. Auf mehrheitliche Anlehnung stoßen die Steuerpläne der SPD nur bei Selbständigen und freiberuflich Tätigen.

Politikerbewertung: Rangfolge nahezu unverändert

Die Schlagzeile des letzten DeutschlandTRENDS vom März – Kanzlerin auf Platz 1, Vizekanzler Schlusslicht – gilt nach wie vor. Mit unverändert 68 Prozent Zustimmung kann Angela Merkel ihre Spitzenposition weiterhin ungefährdet verteidigen. Auf Platz 2 folgt ihr mit 63 Prozent wohlwollenden Urteilen Finanzminister Wolfgang Schäuble, ein geringfügiges Minus von 1 Punkt. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft muss 2 Punkte abgeben und teilt sich nun den dritten Platz mit Frank-Walter Steinmeier. Die beiden Sozialdemokraten erreichen jeweils 54 Prozent Zustimmung.

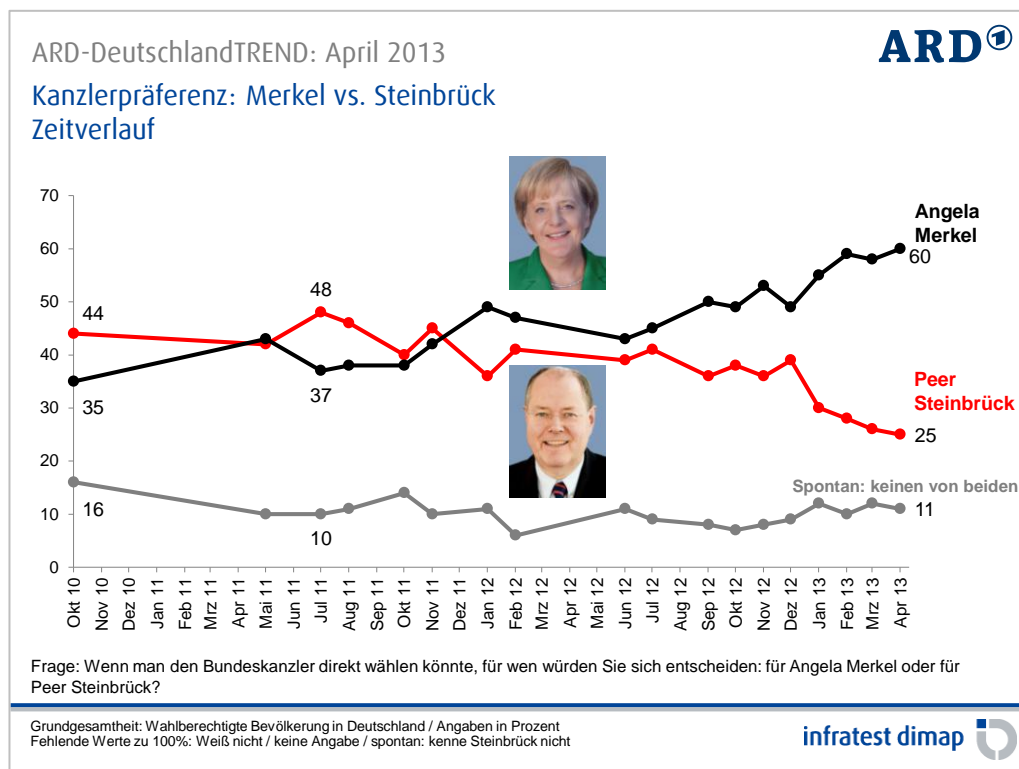


Verteidigungsminister Thomas de Maizière wird nach wie vor von 53 Prozent der Bürger für seine Arbeit gelobt. Ihm folgt auf Platz 5 Arbeitsministerin Ursula von der Leyen mit einem Zustimmungswert von 45 Prozent (-2). Sie verdrängt damit den Fraktionsvorsitzenden der Grünen Jürgen Trittin, der einen deutlichen Verlust von 5 Punkten hinnehmen muss und derzeit noch 43 Prozent zustimmende Äußerungen erfährt. Die nachfolgenden Plätze wurden ebenfalls getauscht. Außenminister Guido Westerwelle erzielt durch ein Plus von 2 Punkten nunmehr eine Zustimmung von 45 Prozent, während der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel Verluste in gleicher Größenordnung zu verzeichnen hat und bei einem Sympathiewert von 41 Prozent landet.

Auf den weiteren Plätzen folgen der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer mit 39 Prozent, der damit um 3 Punkte an Wohlwollen gewinnen konnte. Der Kanzlerkandidat der SPD hat erneut an Vertrauen eingebüßt (-4 Punkte). Peer Steinbrück erreicht derzeit noch 32 Prozent Zustimmung, sein niedrigster Wert im ARD-DeutschlandTREND als Bundespolitiker. Gregor Gysi kommt auf unverändert 28 Prozent positive Bewertungen. Der Fraktionsvorsitzende der FDP Rainer Brüderle wird bei 27 Prozent notiert, 1 Punkt weniger als im Vormonat. Den letzten Platz in der Politikerbewertung nimmt Wirtschaftsminister Phillip Rösler ein, der ein deutliches Minus von 5 Punkten hinnehmen muss und nun von lediglich 18 Prozent für seine Leistungen gelobt wird.

Kanzlerpräferenz: Merkel kann Vorsprung gegenüber Steinbrück erneut leicht ausbauen

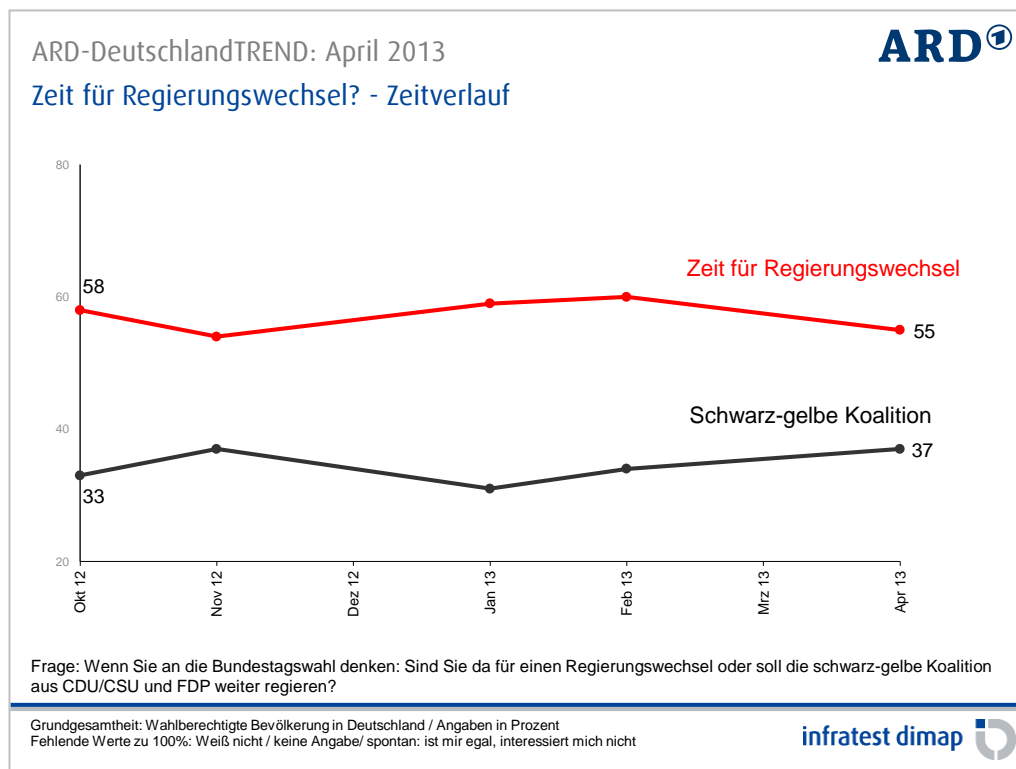
Könnten die Bundesbürger den Kanzler direkt wählen, dann würde die Amtsinhaberin, wie stets seit Anfang 2012, eine Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigen. Für Angela Merkel würden derzeit 60 Prozent der Deutschen votieren, auf ihren sozialdemokratischen Herausforderer entfielen 25 Prozent der Stimmen. Der Vorsprung der amtierenden Kanzlerin hat sich damit im Vergleich zum März leicht erhöht (+3 Punkte).



Angela Merkel kann weiterhin mit dem vollen Vertrauen der eigenen Anhängerschaft rechnen: 96 Prozent der Unionswähler (+1) stimmen für sie als Regierungschefin. Der Rückhalt für Peer Steinbrück in den Reihen der SPD-Anhänger fällt hingegen nicht annähernd so hoch aus. Lediglich 57 Prozent wünschen sich ihn als Bundeskanzler, 5 Punkte weniger als im März.

Mehrheit gegen Fortführung von Schwarz-Gelb

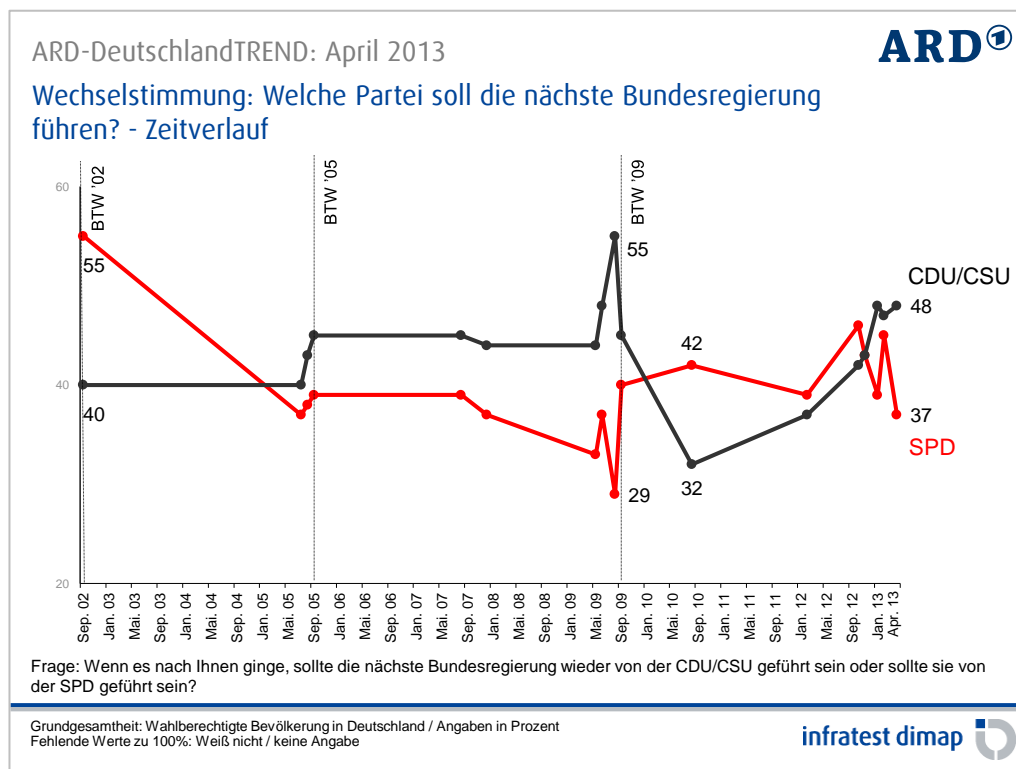
Ungeachtet dessen, ob das amtierende Regierungsbündnis nach der Bundestagswahl im September über eine Sitzmehrheit im Bundestag verfügen würde – knapp sechs von zehn Deutschen sprechen sich gegen eine Fortsetzung von Schwarz-Gelb aus. 55 Prozent plädieren für einen Regierungswechsel. Knapp vier von zehn (37 Prozent) sind der Meinung, dass die gegenwärtige Koalition über den Herbst hinaus Bestand haben sollte.



Den Wunsch nach einem Wechsel des Regierungspartners teilt auch gut ein Viertel der Unions-Anhänger.

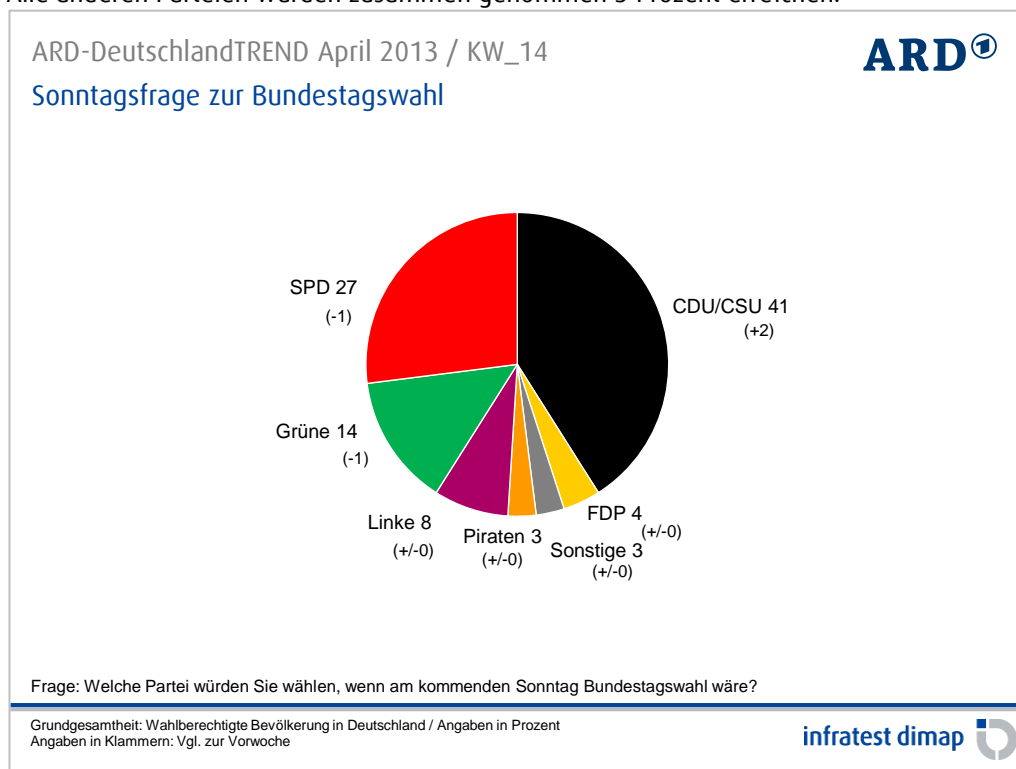
Jeder Zweite plädiert für Unions-geführte Bundesregierung

Auch wenn sich eine Mehrheit für einen Regierungswechsel ausspricht, wünschen sich 48 Prozent der Bundesbürger, dass die nächste Bundesregierung nach dem Wahlgang im September weiterhin von der Union angeführt wird. Das macht deutlich, dass sich der Wunsch nach einem Regierungswechsel vor allem an der FDP festmacht. 37 Prozent der Wahlberechtigten sind der Meinung, dass die SPD künftig die führende Regierungspartei sein sollte. Jeder Zehnte ist sich unschlüssig, ob die nächste Bundesregierung von CDU/CSU oder der SPD angeführt werden sollte.



Sonntagsfrage: Union gestärkt, SPD und Grüne mit leichten Verlusten

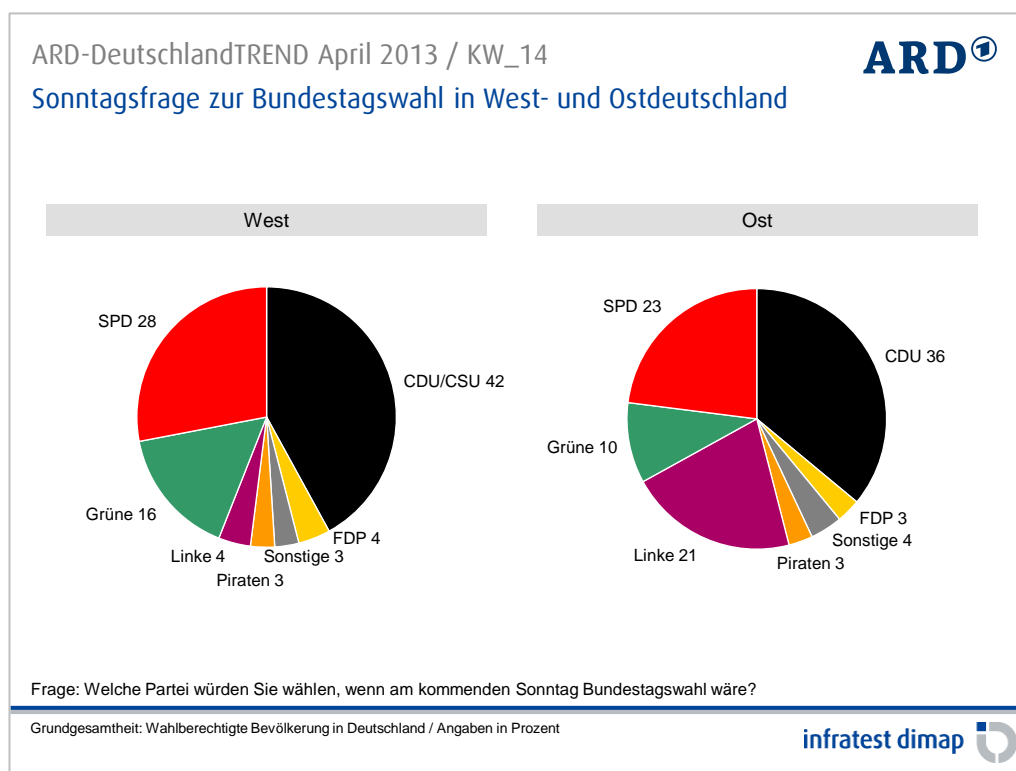
Vor dem Hintergrund der hohen Zustimmungswerte für die Kanzlerin und der mehrheitlichen Unterstützung für das Krisenmanagement der Bundesregierung im Rahmen der Zypern-Krise wirkt sich die politische Stimmung für die Union derzeit positiv aus. Wenn bereits am nächsten Sonntag gewählt würde, käme die CDU/CSU auf einen Wähleranteil von 41 Prozent, ein Plus von 2 Punkten im Vergleich zur Vorwoche. Ihr Koalitionspartner verharrt jedoch unterhalb der Mandatsschwelle: Die FDP würde aktuell 4 Prozent erreichen. Leichte Verluste muss die SPD hinnehmen, die in dieser Woche 27 Prozent der Stimmen (-1) auf sich vereinen kann. Während die Grünen ebenfalls leicht verlieren (14 Prozent, -1), bleibt die Linke (8 Prozent) stabil. Gleiches gilt für die Piraten, die mit 3 Prozent zum jetzigen Zeitpunkt keine Chance auf den Einzug in den Bundestag hätten. Alle anderen Parteien würden zusammen genommen 3 Prozent erreichen.



Wäre dies das Ergebnis des Urnengangs hätten sowohl Schwarz-Gelb als auch Rot-Grün die notwendige Regierungsmehrheit klar verfehlt. Neben einer Großen Koalition würden aktuell sowohl ein Zusammenschluss aus Union und Grünen als auch ein rot-rot-grünes Bündnis über eine Mehrheit im Bundestag verfügen.

Die Analyse der Parteipräferenzen nach der Einschätzung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Deutschland zeigt deutliche Unterschiede auf: Bei Bürgern, die eine Gerechtigkeitslücke wahrnehmen, haben die Parteien des linken Spektrums eine deutliche Mehrheit. Demgegenüber verfügt die Union bei denen, die die Verhältnisse hierzulande als gerecht einschätzen, alleine über absolute Mehrheit.

In den alten Bundesländern gewinnt die Union in dieser Woche ebenfalls zwei Punkte hinzu auf aktuell 42 Prozent. Demgegenüber verliert die SPD in gleichem Umfang und würde einen Stimmenanteil von 28 Prozent erreichen. Die Grünen halten ihren Wähleranteil konstant (16 Prozent). Gleiches gilt für FDP (4 Prozent), Linke (4 Prozent) und Piraten (3 Prozent), die im Westen alle unterhalb der 5-Prozentmarke verharren.

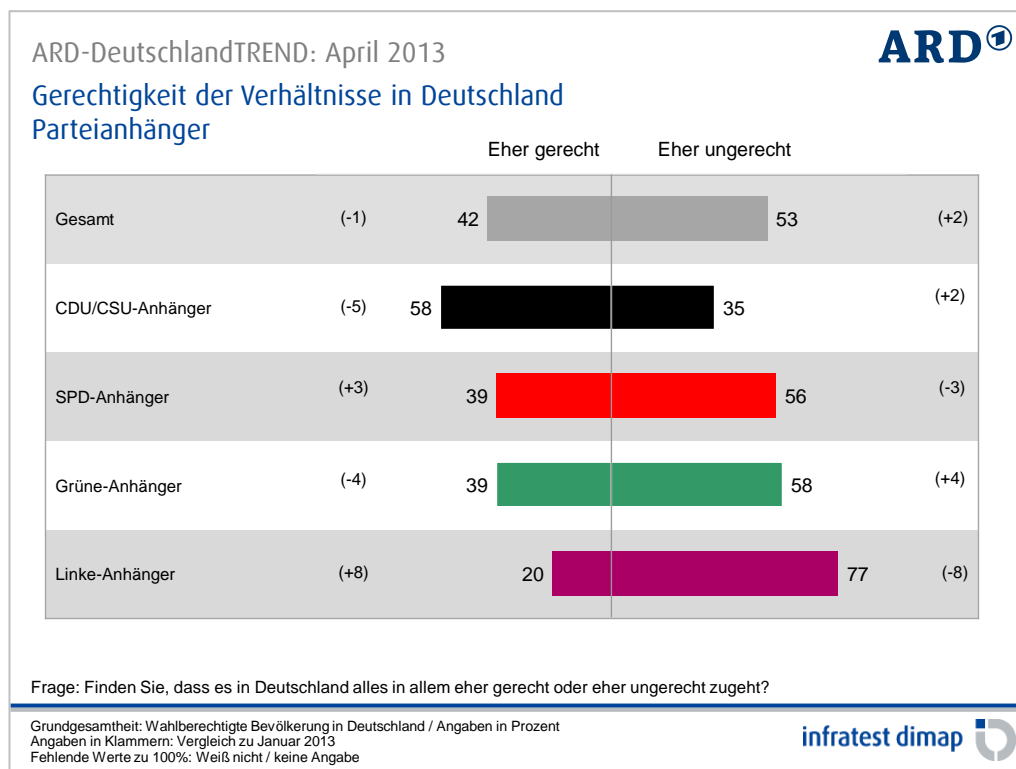


In den neuen Bundesländern erreichen CDU und SPD stabil 36 bzw. 23 Prozent. Nur noch zwei Punkte hinter den Sozialdemokraten liegt die Linke, die sich auf 21 Prozent verbessert. Die Grünen erreichen im Osten der Republik aktuell 10 Prozent. FDP (3 Prozent) und Piraten (3 Prozent) bleiben auch hier unter der Mandatsschwelle.

Die ‚Sonntagsfrage‘ misst aktuelle Wahlneigungen, kein tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess, der erst am Wahltag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

Hälfte der Deutschen klagt über ungerechte Verhältnisse

Mehr als jeder zweite Bundesbürger (53 Prozent) ist der Meinung, dass es in Deutschland alles in allem eher ungerecht zugeht. Demgegenüber sind 42 Prozent der Überzeugung, dass die Verhältnisse hierzulande gerecht sind.



Die Diagnose einer Gerechtigkeitslücke hängt in starkem Maße vom sozialen Status des Befragten ab: Je besser die Schulbildung und je höher das Einkommen, desto seltener wird über Ungerechtigkeiten geklagt. Bei Wahlberechtigten mit Abitur und jenen mit einem Haushaltseinkommen von über 3.000 Euro sind sogar Mehrheiten der Überzeugung, dass es keine soziale Schieflage gibt.

--

Richard Hilmer
Reinhard Schlinkert